

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 6  
vom 25. November 1920

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r und Vizekanzler B r e i s k y, sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. P a l t a u f, Dr. G r i m m, H e i n l, Dr. P e s t a, Dr. R e s c h und Dr. G r ü n b e r g e r.

Zugezogen:

Vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: Vizepräsident Dr. P a n t z.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 9.00 – 10.00

*Reinschrift (4 Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll.*

Inhalt:

1. Erhöhung des Gütertarifes der österreichischen Staatsbahnen.
2. Erhöhung des Preises für Leuchtpetroleum.
3. Erhöhung des Zollaufschlages.
4. Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 1, [Bundesministerium für Verkehrswesen], ohne Zahl, Information über die Erhöhung des Gütertarifes vom 22. November 1920 (1 ½ Seiten); Schreiben des Sektionschefs Dr. Pichler an den Ministerialrat des Handelsministeriums Dr. Schreckenthal vom 20. November 1920 (1 Seite)

*Erhöhung des Gütertarifes der österreichischen Staatsbahnen.*

B.-M. Dr. P e s t a erinnert daran, daß der Kabinettsrat in seiner Sitzung am 8. November d. J. den Beschluß gefaßt habe, den ursprünglich für den 15. November, dann für den 1. Dezember d. J. in Aussicht genommenen Einföhrungstermin für die Erhöhung der Gütertarife der österreichischen Staatsbahnen auf den 15. Dezember d. J. zu verlegen, damit es noch ermöglicht werde, vorher mit den interessierten Wirtschaftsfaktoren über das künftige Gebührenschema Föhlung zu nehmen. Sollte der 15. Dezember als Einföhrungstermin eingehalten werden, so müsse die Verlautbarung der Tariferhöhung spätestens mit 1. Dezember erfolgen. Das Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten habe nun mitgeteilt, daß die Vorberatungen für eine abzuhaltende Enquete schon getroffen worden seien; insbesondere seien bereits zwei wichtige Vereinigungen, der Hauptverband der österreichischen Industrie und der Wirtschaftsausschuß der österreichischen Kaufmannschaft um die Lieferung von Material für die Enquete ersucht worden. Da es für das Handelsministerium äußerst mißlich wäre, wenn die Tariferhöhung noch vor Abhaltung der Enquete, deren Durchführung immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, verlautbart werden würde, müsse dieses Ministerium auf eine Verschiebung des Einföhrungstermines des neuen Tarifes besonderen Wert legen. Das Bundesministerium für Verkehrswesen fühle sich mit Rücksicht auf das Ergebnis der Verhandlungen im Hauptausschusse und mit dem Finanzministerium in gewissem Sinne gebunden und möchte auch der Öffentlichkeit gegenüber eine neuerliche Verschiebung des Termines unbedingt vermeiden. Redner bitte daher den Bundesminister für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Befragung der Interessenten in irgend einer anderen Form durchgeführt werden könnte, ohne daß dadurch eine weitere Hinausschiebung der Inkraftsetzung der Tariferhöhung erfolgen müßte.

B.-M. H e i n l möchte es nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit abermals vor der geplanten Tariferhöhung zu warnen, weil ein Teil unserer Industrie hiedurch schwer geschädigt würde. Eine andere Form der Befragung der Interessenten als im Wege einer Enquete sei nicht möglich. Wenn nun schon an der geplanten Tariferhöhung festgehalten werden müsse, so schlage er vor, die Verlautbarung zu vollziehen, gleichzeitig aber anzukündigen, daß binnen kurzem mit den Interessenten werde Föhlung genommen werden, um erforderlichenfalls Änderungen in einzelnen Tarifansätzen durchzuführen.

B.-M. Dr. G r i m m verweist darauf, daß die geplante 50 prozentige Tariferhöhung dem seinerzeitigen Beschlusse des Hauptausschusses nicht mehr entspreche, der damit die Kosten der Besoldungsreform und des Betriebsabganges der Staatsbahnen (damals insgesamt 2446

6 – 1920-11-25

Millionen Kronen) gedeckt wissen wollte; sie entspreche aber schon gar nicht den gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnissen, zumal sich das gesamte Betriebsdefizit der Staatsbahnen, wenn man wie bei der Südbahn eine 136 prozentige Steigerung der Betriebsausgaben annehme, dermalen bereits auf über 6000 Millionen Kronen belaufe, zu dessen Deckung eine 250 bis 300 prozentige Tarifierhöhung erforderlich wäre. Die Finanzverwaltung könne daher einer Hinausschiebung der Inkraftsetzung des um 50 Prozent erhöhten Gütertarifes umsoweniger zustimmen, als hiedurch ohnedies nur ein Sechstel des Abganges gedeckt werde. Redner schlage vor, die 50 prozentige Erhöhung mit 15. Dezember in Geltung zu setzen und gleichzeitig den Interessenten mitzuteilen, daß über die Frage einer allfälligen weiteren Erhöhung mit ihnen werde Fühlung genommen werden. Daß der Güterverkehr die 50 prozentige Erhöhung ohne weiteres vertragen könne, gehe daraus hervor, daß die Betriebseinnahmen die präliminierten Beträge schon derzeit übersteigen.

B.-M. H e i n l bemerkt, es habe sich ergeben, daß wir schon bei den dermaligen Tarifansätzen rücksichtlich gewisser Artikel mit dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig seien. Sein Antrag beinhalte die Möglichkeit, im Wege einer Besprechung mit den interessierten Faktoren vielleicht doch noch in einer oder der anderen Position eine Ermäßigung eintreten zu lassen.

B.-M. Dr. G l a n z wirft die Frage auf, ob der finanzielle Effekt der 50 prozentigen Erhöhung nicht dadurch gewährleistet werden könnte, daß auf Grund von Besprechungen mit den beteiligten Kreisen einzelne Ansätze gegen dem ermäßigt werden, daß die Tarife für andere, von der Auslandskonkurrenz nicht im gleichen Maße gefährdete Artikel erhöht werden.

Vizekanzler B r e i s k y unterstützt den Antrag des B.-M. H e i n l, der seiner Anschauung nach den finanziellen Effekt der Maßnahme nicht beeinträchtigt; nur glaube er, daß die Ankündigung einer Enquete in einer möglichst allgemeinen Form gehalten werden sollte. Die Darstellung der finanziellen Lage des Staates bei der Enquete werde den Interessenten zweifellos zum Bewußtsein führen, daß die 50 prozentige Erhöhung nicht genüge und die Möglichkeit für eine einvernehmliche allfällige weitere Erhöhung schaffen.

Der Ministerrat pflichtet dieser Auffassung bei und ermächtigt sohin den Bundesminister für Verkehrswesen, die 50 prozentige Erhöhung des Gütertarifes mit 15. Dezember d. J. in Kraft zu setzen. Gleichzeitig wird die Abhaltung einer Enquete über allfällige Änderungen der Tarifansätze anzukündigen sein. Über die Fassung dieser Verlautbarung wird das Einvernehmen zwischen den Bundesministerien für Verkehrswesen, für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten sowie für Finanzen herzustellen sein.

## 2.

### *Erhöhung des Preises für Leuchtpetroleum.*

B.-M. Hei n l teilt mit, daß die seit längerer Zeit eingetretene Steigerung der Gesteungskosten für Leuchtpetroleum eine Erhöhung des Abgabepreises für diesen Artikel notwendig mache. Der bisherige Vorgang, die Benzinpreise zugunsten des Petroleumpreises zu erhöhen, müsse fallen gelassen werden, weil von den Interessenten der Nachweis erbracht worden sei, daß schon bei den gegenwärtig geltenden Preisen das Benzin im freien Handel billiger aus dem Auslande bezogen werden könnte. Das Handelsamt beabsichtige daher, den Preis für Leuchtpetroleum von 20 Kronen auf 32 Kronen für den Liter zu erhöhen, gleichzeitig aber die Quote für gewisse Konsumentenkreise, wie Gewerbetreibende, Studierende usw. zu erhöhen.

Der sprechende Bundesminister erbitte sich für diese Maßnahme, mit der sich sowohl die Vertreter der Händler wie der Konsumenten einverstanden erklärt haben, die Zustimmung des Ministerrates.

Der Ministerrat erteilt die erbetene Genehmigung.

## 3.

### *Erhöhung des Zollaufschlages.*

B.-M. Dr. G r i m m bringt dem Ministerrat zur Kenntnis, daß die Finanzverwaltung auf Grund der ihr seinerzeit erteilten Ermächtigung mit 1. Dezember d. J. eine weitere Erhöhung des Zollaufschlages von dermalen 33 $\frac{1}{3}$  Prozent auf 40 Prozent verfügen werde.

Der Ministerrat nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis.

## 4.

### *Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1920/21.*

B.-M. Dr. G r i m m verweist darauf, daß der von der vorigen Regierung in der Nationalversammlung eingebrachte Entwurf des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1920/21 nicht mehr der Beratung unterzogen worden sei. Redner erbitte sich vom Ministerrate die Ermächtigung, diesen Gesetzentwurf nunmehr auch im Nationalrate, und zwar behufs Ersparung der großen, mit einer Million Kronen zu veranschlagenden Druckkosten, unverändert einbringen zu dürfen. Die notwendig gewordenen Änderungen einzelner Positionen wären dann gelegentlich der Beratung des Gesetzentwurfes im Ausschusse durchzuführen.

Der Ministerrat erteilt hiezu die Ermächtigung.

## 1. Stenogramm, Ministerratsprotokoll Nr. 6 vom 25.11.1920

*Pesta: Im August anlässlich der Einführung der Besoldungsreform für die Eisenbahnerangestellten auch gleichzeitig die Deckungsfrage für die erforderlichen 360 Millionen festgelegt wurden und zu diesem Zweck eine Erhöhung des Gütertarifs in Aussicht genommen ist. Mit einem Einführungsstermin vom 15.10., der sich mit Rücksicht auf die in Ausarbeitung befindliche Tarifsysternordnung gleichzeitig nicht machen ließ, unter Zustimmung des Finanzministers eine Hinausschiebung des Termins beschlossen und dieser zunächst bis Mitte November, neuerliche Hinausschiebung bis 1.12. vorgesehen. Über Wunsch des Herrn Ministers für Handel ist vor dieser Einführung der neuen 50 % Tariferhöhung der Termin 1.12. wieder um 14 Tage unter Zustimmung des Finanzministers hinausgeschoben worden auf 15.12., damit die betreffenden Interessenten nochmals befragt werden können über die Wirkungen einer solchen Erhöhung. Ich habe vor 8 Tagen Handelsministerium ins Benehmen gesetzt, ob diese Befragung dieser Kreise im Zuge sei und was das Handelsministerium gedenkt vorzukehren, um am 15.12. in Wirksamkeit setzen zu können. Morgen müssten die Vorbereitungen beendet werden, damit die Sache in Druck gelegt werden kann. Handelsministerium hat mitgeteilt, dass Enquete eingeleitet, aber noch nicht durchgeführt werden kann.*

*Ich stehe nun vor der Tatsache, dass ich das der Öffentlichkeit gegenüber (Hauptausschuss hat seinerzeit zugestimmt) als auch gegenüber dem Finanzamt vor der Tatsache, wenn die Enquete nicht abgehalten werden kann, neuerlich eine Verschiebung des Termins in Anspruch nehmen muss. Vorgesehen war nur die Befragung wichtiger Industrien; eine große Enquete aber wäre zu zeitaufwendig. Ich frage nun besonders Heinl. ob nicht in irgendeiner anderen Form die Befragung der Interessenten durchgeführt werden könnten, ohne dass diese Anordnung einer 50 % Erhöhung hinausgeschoben würde. Der Schwebezustand ist auch für die Industrie kein glücklicher, eine Verschiebung von 14 Tagen kostet einen Entgang von rund 50 Millionen.*

*Heinl: Ich muss wieder meine warnende Stimme erheben, weil durch diese lineare Tariferhöhung ein Teil unserer Industrie sehr geschädigt wird. Auf der anderen Seite gebe ich zu, dass Eisenbahnamt und Finanz in eine unangenehme Situation kommen. Wir können nur Enquete veranstalten oder Handelskammer zur Äußerung übergeben. Das erfordert eine gewisse Zeit, daher Anfrage, ob nicht jetzt 50 % Erhöhung herausgegeben werden und könnte und gleichzeitig verlautbart, dass eine Befragung der Interessenten vorgesehen ist. Dann würde eine Abänderung der Tarife vorgenommen werden, wann auf Grund dieser Befragung.*

*Grimm: Diesen Vorgang habe ich schon einmal eingehalten beim Zollaufschlag. Jetzt würde ich den Vorgang nicht empfehlen. Die 50 % entsprechen nicht mehr dem Beschluss des Hauptausschusses und den heutigen Verhältnissen. Der Betriebsabgang war damals 1341 Millionen. Der Betriebsabgang erhöht sich schon auf 2446 Millionen. Außerdem Steigerung der sachlichen Ausgaben, die wir heute sicherstellen können. Bei der Südbahnberechnung sind die Betriebsausgaben um rund 100 % gestiegen. Auf dieser Grundlage können wir uns bewegen. Das würde ein Betriebsdefizit von 6000 Millionen ergeben. Die Erhöhung würde 1/6 des Abganges decken. Daher kann nicht zugewartet werden. Es würde normal eine Steigerung von 250-300 % nötig sein. Mit Rücksicht auf die finanzielle Situation soll der Industrie mitgeteilt werden, dass eine 50 % durchgeführt wird. Eine Erleichterung bei bestimmten Artikel... Wegen allfälliger weiterer Verhandlungen soll mit der Industrie gesprochen werden.*

*Heinl: Ich möchte nur darauf verweisen, dass nach den bisherigen Beratungsergebnissen sich ergeben hat, dass wir bei manchen Tarifen fast nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland sind. Es ist mir weniger darum zu tun, das jetzt zu verhandeln, aber die Widerstandskreise, wenn man mit ihnen nicht spricht, fassen eine derartige Erhöhung auch*

6 – 1920-11-25

*anders auf. Sie werden sich davon viel besser überzeugen lassen. So eine Beratung lässt sich nicht in einigen Tagen machen. Bei der Festsetzung dieser Erhöhung soll verlautbart werden, dass die Regierung die Absicht hat, sich mit den Interessenten auseinanderzusetzen.*

*Glanz: Vermittlungsvorschlag. Es wird unter allen Umständen eine Tarifierhöhung gemacht, es können jedoch einzelne Änderungen noch in der Weise erfolgen, dass man einzelne Posten nachlässt und andere Posten noch darüber neu verhandelt.*

*Pesta: Wenn der Tarif am 15.12. eingeführt werden sollte, muss er schon jetzt in Druck gelegt werden. Wenn nun jetzt in einer Enquete festgestellt werden soll, welche Artikel eine Ermäßigung erheischen oder eine Erhöhung zulassen, so nützt mir ja das nichts.*

*Breisky: Der Vorschlag Heinls stört im Effekt gar nicht. Zur Beschwichtigung der Gemüter wird die Enquete gemacht. In einer ganz allgemeinen Form sollen die Interessenten eingeladen werden; gleichzeitig bei der Einladung noch nicht die Erhöhung aussprechen. Bei der Enquete selbst soll es sich erst ergeben, ob und wo eine Erhöhung möglich sein wird.*

*Mayr: Die Erhöhung geht vor sich, gleich Erhöhung ... Frage, müssen wir nicht der Reparationskommission mitteilen?*

*2) Heinl: Leuchtpetroleum. Sowohl Konsumenten als Händler haben sich für die Erhöhung ausgesprochen. Wir sind gezwungen, die wirklichen Kosten für das Petroleum ... von 20 auf 32 K je Liter. Auch eine erhöhte Abgabe für Gewerbetreibende, für Studierende erfolgt, so dass ein erhöhter Bezug gleichzeitig eintreten wird. Dringendes Ersuchen an den Finanzminister bekannt zu geben, ob Finanzamt tatsächlich die Einführung eines Monopols für dieses Produkt plant. Das müsste sehr rasch erfolgen, weil sonst die zentrale Bewirtschaftung nicht aufrechterhalten werden könnte. Dann Liquidierung der Erdölstelle vornehmen. Sie verhindert den Import von verhältnismäßig billigem Benzin.*

*Grimm: Wir haben uns das anders gedacht. Wenn Heinl mit dem Abbau der Zentrale beginnt, werden wir bei Zucker, Spiritus und Erdöl zur Monopolisierung übergehen.*

*Heinl: Ich stelle mir vor, dass das Finanzamt die Vorlage demnächst in den Kabinettsrat und in den Nationalrat bringt.*

*Genehmigt*

*3) Grimm: Jetzt wieder mit einer weiteren Erhöhung des Zollaufschlages. Jetzt 33 1/3 %, jetzt nun bis 40 %. Wir sind ermächtigt.*

*4) Grimm: Wir bringen das Budget ein. Keine neue Druckauflage vornehmen. Die Druckkosten würden über eine Million ausmachen. Kein Papier verbrauchen. Ich habe die Absicht, den Voranschlag nur mit dem Umschlag „Nationalrat“. In seinen Bezeichnungen Positionen keine Änderung. Ich glaube, dass das einen ersten Schritt zu den Ersparungen bedeutet. Entschuldigung im Finanzexposé.*

*Grimm: Der Kabinettsrat muss sich in der nächsten Sitzung entscheiden: [...] oder Staatspapier*

*Grimm: Kabinettsrat [...] wurde beschlossen, wegen Durchführung der außerhalb der Richtlinien erfolgenden Beförderungen.*

*Beratung um die Sitzung. Sa.*

*Pesta: Kurzmitteilung: Verweigerung der Expedition zweier Linzer Zeitungen. Anlass Einstellung der Wiener Stimme von gestern. Die Angelegenheit als solche ist beigelegt. Der Anlass zur ganzen Sache ist ein sehr politischer. Diese Frage der Pragmatisierung und Entpragmatisierung hat sich dahin zugespitzt, dass die einen darin ein Bekenntnis zur sozialdemokratischen Partei ablesen zu müssen glauben, die anderen christlich-sozialen*

6 – 1920-11-25

„[.]“. *Ich habe schon gestern früh eine Untersuchung angeordnet. Die heutige Arbeiterzeitung warnt schon die Regierung, die einzelnen scharf anzugreifen. Mit einer allgemeinen Verwarnung will ich es abtun. Daraus wird keine Konsequenz gezogen werden von den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Von den Christlich-sozialen ist eine Form gewählt worden, welche meine Person hineinziehen will. Ich muss mir die Hilfe der Herren erbitten. Ich kann nur mit Rücksicht auf die Disziplin nicht alles hinnehmen. Die tatsächlichen Machtverhältnisse bei der Eisenbahn lassen eine Kursänderung nicht zu. Ich bitte dahin einzuwirken, dass nicht meine Stellung unmöglich wird.*

*Mayr: Ich halte es für selbstverständlich von Standpunkt der Aufrechterhaltung der Autorität, dass jeder ohne Unterschied der Partei eine Verwarnung zu erteilen hätte.*

*Resch: Ich werde in den nächsten Tagen mit den Herren der christlichen Gewerkschaft sprechen. Ich werde sowohl auf die Eisenbahner und auf die Postler einwirken.*

*Pesta: „stille [..] männer“*

*¾ 10 Uhr*

*Resch: Linz Invalidendemonstration. Sie verlangen für die Spezialinvaliden und die Schwerinvaliden Wintergeld. Heute kommt Deputation. Mir wäre es sehr angenehm, wenn ich einen Vertreter des Finanzministeriums dabei hätte.*

*Di. a) Bestellung der 2 Kommissionen, welche die Entente verlangt. b) Gob. Frage ist sehr dringend geworden.*



## 2. Stenogramm, Ministerratsprotokoll 6, 25.11.1920, 9 Uhr

*Pesta: Im August d.J. anlässlich Besoldungsreform für Staatseisenbahnen Frage der Bedeckung, für die 360 Millionen festgelegt werden müsste, und zu diesem Zweck Erhöhung des Gütertarifs in Aussicht genommen. Heute Einführungsstermin 15.10. Nachdem sich das mit Rücksicht auf die bereits in Ausarbeit befindliche Tarifsysternordnung damals gleichzeitig mit der Erhöhung nicht machen ließ, haben wir im Einvernehmen mit Finanz eine Hinausschiebung des Termins beschlossen. Zunächst bis 15.11. Auch dieser Termin konnte nicht eingehalten werden, weil erst im November die Tarife, die die Systemänderung brachte, in Einführung gelangen, und daher Hinausschiebung bis 1.12. Über Wunsch des Bundesministers Heint ist vor Einführung dieser Tariferhöhung der Termin 1.12. wieder um 14 Tage hinausgeschoben worden, damit inzwischen die Industriekreise befragt werden können über die Wirkungen einer solchen Erhöhung. Ich habe nun vor 8 Tagen mich mit dem Handelsminister ins Benehmen gesetzt, ob die Befragung bereits im Zuge sei und was der Handelsminister gedenkt vorzukehren, da, wenn am 15. in Kraft tritt, morgen publiziert werden muss. Handelsminister hat mitgeteilt, dass sie die Abhaltung einer Enquete sich vorstellen, die erst in einem späteren Zeitpunkt zusammentreten kann, nachdem die Unterlagen erst beschafft werden müssten für die Enquete. Ich stehe vor der Tatsache, dass ich der Öffentlichkeit gegenüber und dem Finanzministerium vor der Tatsache stehe, dass, wenn die Enquete nicht beschleunigt und gehalten werden kann, eine neue Verschiebung eintreten muss, was ich aber vermeiden möchte. Ich dachte mir, dass nur die besonderen Industriekreise befragt werden. Ich frage daher Heint und bitte, ob nicht in irgendeiner anderen Form die Befragung der Industrien durchgeführt werden könnte ohne neuerliche Verschiebung der Einführung der 50 % Gütertariferhöhung. Der Schwebzustand ist auch für die Industrien nicht erquicklich, wenn sie nicht wissen mit welchem Zeitpunkt die Tariferhöhung eintreten wird. Eine Verschiebung von 14 Tagen kostet 50 Millionen, das ist ein Betrag, auf den das Verkehrswesen nicht verzichten kann.*

*Heint: Ich muss die warnende Stimme erheben, weil ich der Meinung bin, dass durch diese lineare Tariferhöhung ein Teil unserer Industrien schwer geschädigt wird. Auch die Eisenbahnen, weil auf kurzen Strecken Lastfuhrwerke verwendet werden werden. Ich gebe zu, dass unangenehme Situation. Befragung nicht anders möglich als Übergabe an Handelskammer oder Enquete.*

*Frage, ob nicht möglich, jetzt die 50 % Erhöhung hinaus zu geben, gleichzeitig aber anzukündigen, dass Befragung durchgeführt wird und falls sich in einem oder anderem Punkt eine Änderung ergeben würde, dass die Regierung Zustimmung erteilt, eine Abänderung erfolgen würde.*

*Grimm: Dieser Vorgang wurde schon bei der Zollerhöhung eingehalten. Jetzt würde ich es nicht empfehlen. Die 50 % entsprechen nicht mehr dem Beschluss des Hauptausschusses und bei weitem nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Hauptausschuss hat gesagt Erhöhung prozentuell wie es zur Deckung der Besoldungsreform und Betriebsabgang der Staatsbahnen erforderlich. Damals Abgang 1341 Millionen - Besoldungsreform 1105 = 2446 Millionen. Dazu kommen noch die Steigerungen der sonstigen sachlichen Erfordernisse. Steigerung der Betriebsausgaben 136 %. Umgerechnet auf Staatsbahn: Betriebsdefizit von über 6000 Millionen. Erforderlich wären 250 % - 300 %. Die 50 % Erhöhung würde nur 1/6 decken. Es kann daher nicht zugewartet werden.*

*Vorschlag: dass wir mit Rücksicht auf die finanzielle Situation weitere Verschiebung nicht möglich ist, der Industrie mitgeteilt wird, dass die Erhöhung 50 % durchgeführt wird, dass aber wegen allfälliger weiterer Erhöhung mit den Industrien gesprochen werden wird. Dass der Güterverkehr die Erhöhung von 50 % nicht erträgt, ist nicht anzunehmen, schon deshalb, weil sich die Betriebseinnahmen erhöht haben.*

6 – 1920-11-25

*Heinl: Ich verweise darauf, dass nach dem bisherigen Ergebnis der Beratung im Amt sich schon heute ergeben hat, dass wir schon jetzt bei manchen Tarifposten nicht konkurrenzfähig sind mit dem Ausland. Wenn man mit den betreffenden Kreisen nicht spricht, fassen sie eine Erhöhung anders auf, als wenn man mit ihnen spricht. Sie werden sich, wenn man die Lage schildert, viel eher einverstanden erklären. Mein Vorschlag beinhaltet die Möglichkeit, sich noch zusammensetzen zu können mit der Regierung und dass vielleicht doch in einer oder der anderen Tarifpost eine Ermäßigung stattfinden kann.*

*Glanz: Der Standpunkt des Finanzamtes geht dahin, dass wir einen ?? von 50 % sofort erreichen müssen. Heinl will die Industrien fragen. Mittlerweile wir also vermeiden müssen.*

*Kompromiss: Der Öffentlichkeit ist zu sagen, dass 50 % Ergebnis unbedingt gewährleistet werden muss. Es sind aber Versprechungen nicht möglich durch Ermäßigung und Erhöhung von Posten der Konkurrenz nicht so zu befriedigen sind.*

*Pesta: Wenn er am 15. in Kraft tritt, so muss er 14 Tage vorher publiziert werden. Der Tarif muss also bald publiziert werden, u.zw. übermorgen, da nützen mir Erhöhungen nichts. Ermäßigungen nur für ...*

*Vizekanzler: Vorschlag Heinl scheint praktisch ohne dass er den finanziellen Effekt stört. Ich glaube, dass man die Einladung zur Enquete in einer ganz allgemeinen Form hält. Im Laufe der Enquete soll man die Lage feststellen und bei dieser Gelegenheit wird sich dann die Möglichkeit ergeben zu sagen, dass die 50 % nicht genügen. Die Gedanken der Erhöhung werden dann Wurzeln fassen.*

*Tarif um 50 % erhöht und Enquete angekündigt wegen Änderungen.*

*Mayr: Ob nicht der Reparationskommission Mitteilung gemacht werden muss?*

*Pesta: Es ist Beschluss des [...] vom 19.VIII. - daher kein Hindernis der Reparationskommission mitzuteilen.*

*Erhöhung für Leuchtpetroleum.*

*Heinl: Sowohl die Konsumenten als die Händler haben sich für die Erhöhung ausgesprochen. Wir haben den erhöhten Preis bisher dadurch hereingebracht, indem wir den Benzinpreis erhöht haben. Unannehmlichkeiten bei den Interessenten von Benzin nachweislich, dass sie Benzin billiger aus dem Ausland bringen können. Mit diesem Verfahren muss gebrochen werden, daher müssen wir die wirklichen Kosten des Petroleums von den Konsumenten verlangen. Erhöhung 50 %, 20 auf 32 K. Man möchte erhöhte Abgabe für Gewerbetreibende und Studierende. Bitte um Zustimmung.*

*Bei dieser Gelegenheit ersuche ich Finanzminister, dem Kabinettsrat und Nationalrat bekannt zu geben, ob tatsächlich das Finanzamt die Einführung eines Monopols für derartige Produkte plant. Wenn ja, möglichst rasch, damit ich gedeckt werde für die weitere Aufrechterhaltung der zentralen Bewirtschaftung.*

*Grimm: Wir haben uns gedacht, wenn Handelsminister den Abbau der Zentrale beginnt, wir das Monopol einführen werden. Erdöl, Spiritus und Zucker.*

*Heinl: Ich stelle mir vor, dass das Finanzamt möglichst bald Erdöl und Spiritus vorlegt, dann kann ich die zentrale Bewirtschaftung zur Verfügung stellen.*

*Petroleumerrhöhung genehmigt.*

*Grimm: wir kommen jetzt mit einer neuen Erhöhung des Zollaufschlages von 33 1/3 % auf 40 %. - Wird zur Kenntnis genommen.*

*Grimm: Wir bringen das Budget ein. Beantrage keine neue Druckauflage, die wir schon der letzten Nationalversammlung vorgelegt haben. Druckkosten 1 Mill. K. Ich habe daher die*

6 – 1920-11-25

*Absicht, nur neuen Umschlag zu machen. Die Positionen bleiben unverändert und werden dann im Lauf der Beratung durchzuführen. Unsere Entschuldigung im Exposé.*

*Einverstanden.*

*Grimm: Nächste Sitzung: [...] oder Staatspapier.*

*Pesta: Verweigerung der Expedition zweier Linzer Zeitungen, die Nachrichten über die Entpragmatisierung der Postbediensteten. Die Sache ist beigelegt. Der Anlass ist politisch. Die Frage der Entpragmatisierung hat sich zugespitzt, was die einen ein Bekenntnis zu sozialdemokratischer Organisation zu lesen glauben und die anderen christlich-sozialer und noch [...]. In diesem Raum ist schon Verschiedenes von mir versucht worden, um einzuwirken. [.....] Anlässlich der Expeditionsverweigerung habe ich Untersuchung gegen die Schuldigen eingeleitet. Die heutige Arbeiterzeitung warnt bereits die Regierung, die Betreffenden scharf anzugreifen. Ich kann die Arme nicht in den Schoß legen. Die Feststellungen werden weiter gemacht und ich werde es dann gleich einer allgemeinen Verwarnung abtun. Ich glaube, dass daraus keine Konsequenz gezogen werden wird von den Sozialdemokraten. Von den Christlich-sozialen ist gleichwohl eine Form gewählt worden, die meine Person in das Politische hineinzieht. Ich muss die Hilfe der Parteien erbitten. Ich wurde angeblich als Schurke bezeichnet. Ich kann auch von den Christlichen nicht alles hinnehmen. Sie glauben, dass sie mit Rücksicht auf den Ausgang der Wahlen im Betrieb eine [...] Rolle spielen zu können. Es steht im Widerspruch mit den tatsächlichen Machtverhältnissen. Bitte um Einwirkung, dass nicht meine Stellung ganz unmöglich wird.*

*Mayr: Ich halte es für selbstverständlich von Standpunkt der Aufrechterhaltung der Autorität, dass jeden Mandanten eine Verwarnung zu treffen hat, wenn er [...] Regierungsorgane. Gerade die nicht sozialdemokr. sind am ehesten zugänglich für die Aufrechterhaltung der Disziplin und müssen sich daher auch eine Zurechtweisung gefallen lassen.*

*Resch: Ich werde sowohl auf die Gewerkschaft soz. Eisenbahner Organe und Post Organisation einwirken.*

*Resch: Linz Invalidenversammlung. [...]invaliden und Schwerinvaliden Winterverordnung. Heute Deputation. bitte um Vertreter des Finanzamtes.*

MRP Nr. 6 vom 25. November 1920

Beilage zu Punkt 1, [Bundesministerium für Verkehrswesen], ohne Zahl, Information über die Erhöhung des Gütertarifes vom 22. November 1920 (1 ½ Seiten); Schreiben des Sektionschefs Dr. Pichler an den Ministerialrat des Handelsministeriums Dr. Schreckenthal vom 20. November 1920 (1 Seite)

(Bud 1.)

I n f o r m a t i o n

für den Herrn Bundesminister, in der Frage  
der Erhöhung des Gütertarifes.

Nach Maßgabe des der Sektion III am 19.d.M. zugekommenen Auszuges aus dem Kabinettsprotokolle Nr.235 vom 8.November 1920 ist die Erhöhung des Gütertarifes der österreichischen Staatsbahnen mit 15.Dezember d.J. durchzuführen und soll das Bundesministerium für Verkehrswesen diesbezüglich vorher noch mit den Interessenten Fühlung nehmen.

Da mir bekannt war, daß das Handelsministerium sich mit den Einleitungen für eine Enquete über die beabsichtigte Tarifierhöhung beschäftigt, sah ich mich veranlaßt, am 20.d.M. mit Herrn Ministerialrat Schreckenthal vom Handelsministerium in dieser Angelegenheit Rücksprache zu pflegen. Ministerialrat Schreckenthal teilte mir hiebei mit, daß die Vorbereitungen für die Enquête seitens des Handelsministeriums bereits getroffen worden seien. Insbesondere seien bereits zwei wichtige Vereinigungen, und zwar der Hauptverband der österreichischen Industriellen und der Wirtschaftsausschuß der österreichischen Kaufmannschaft um die Lieferung von Material für die Enquête ersucht worden. Ministerialrat Schreckenthal vertrat den Standpunkt, daß es mit Rücksicht hierauf für das Handelsministerium äußerst mißlich wäre, wenn die Tarifierhöhung noch vor der Abhaltung der Enquête, deren Durchführung immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, verlautbart werden würde. Da im Falle der Durchführung der Tarifierhöhung mit 15.Dezember d.J. die Verlautbarung dieser Maßnahme spätestens schon mit 1.Dezember d.J. erfolgen müßte, müsse das Handelsministerium auf eine Verschiebung des Einführungstermines des neuen Tarifes großen



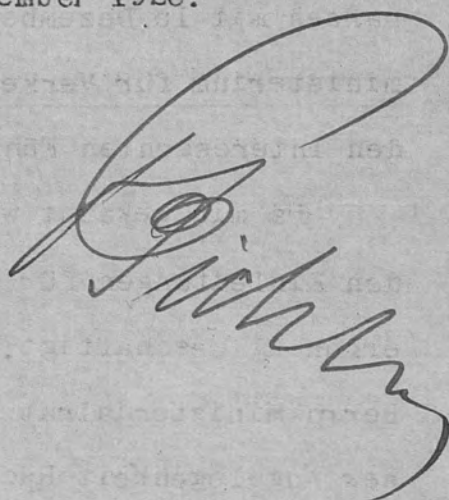
000000000

3

Wert legen.

Von dieser Rücksprache habe ich bereits am Abend des 20.d.M. Herrn Minister Meldung erstattet. Gemäß dem bei dieser Gelegenheit erhaltenen Auftrage habe ich den in Abschrift mitfolgenden Brief an Ministerialrat Schreckenthal verfaßt und noch am 20.d.M. abends an ihn bestellen lassen.

Wien, am 22. November 1920.

A large, stylized handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Pichler', is written over the right side of the document. The signature is fluid and cursive, with a prominent loop at the top.

Abschrift eines Schreibens des Sektionschefs Dr. Pichler  
an den Ministerialrat des Handelsministeriums Dr. Schreckenthal.

Wien, am 20. November 1920.

Sehr verehrter Herr Ministerialrat!

Im Verfolg unserer heutigen Besprechung beehre ich mich mitzuteilen, daß ich soeben Gelegenheit hatte, mit dem Herrn Minister für Verkehrswesen in Angelegenheit der Tarifierhöhung der österreichischen Staatsbahnen Rücksprache zu pflegen und ihm Ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit mitzuteilen. Ich habe den Aeüßerungen des Herrn Ministers entnommen, daß ihm eine weitere Hinausschiebung des Einföhrungstermines der in Aussicht genommenen Tarifierhöhung kaum angängig erscheint, da er sich mit Rücksicht auf das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Hauptausschusse und mit dem Finanzministerium im gewissen Sinne gebunden föhlt. Es ist daher anzunehmen, daß sich der Herr Minister bei der Behandlung der Frage im Kabinettsrat gegen eine weitere Hinausschiebung der Tarifierhöhung aussprechen wird.

Bei der Dringlichkeit der Angelegenheit ist es möglich, daß unser Herr Minister die Sache schon bei der am Montag vormittags stattfindenden Sitzung des Kabinettsrates zur Sprache bringen wird.

Da ich weder Sie noch Herrn Sektionschef Riedl und Oberstaatsbahnrat Geisberger telephonisch erreichen konnte, erlaube ich mir, Ihnen von Vorstehendem auf diesem Wege Mitteilung zu machen, damit Sie in der Lage sind, hievon Ihren Herrn Minister und Sektionschef Riedl zu informieren.

Mit dem Ausdrücke .....

P i c h l e r e. h.



000003

4